

## **Corona in den USA – der Podcast des Heidelberg Center for American Studies**

**05. November 2020**

**„Die US Präsidentschaftswahlen: Wer hat gewonnen?“**

**Manfred Berg, Universität Heidelberg**

**Martin Thunert, Universität Heidelberg**

*Dr. Anja Schüler:* "Corona in den USA," der Podcast des Heidelberg Center for American Studies. Guten Tag und herzlich willkommen zum Podcast des Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg. Mein Name ist Anja Schüler. Amerika hat gewählt, aber wir können noch nicht mit Sicherheit sagen, wer der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein wird. In den wahlentscheidenden Staaten dauern die Auszählungen an; in einigen drohen Neuauszählung. Noch eine Woche vor der Abstimmung sahen die Umfragen Joe Biden mit einer komfortablen Mehrheit, die in den letzten Tagen vor der Wahl allerdings geschrumpft ist. Die Hochrechnungen in der Wahlnacht zeigen ein ähnliches Bild für beide Kandidaten: Ehemals komfortable Margen schrumpften, mal lag der eine Kandidat in Führung, mal der andere. In einigen Staaten kann man noch immer nicht mit Sicherheit sagen, wer gewonnen hat. Sie werden am Ende aber entscheidend für die notwendige Mehrheit im Wahlmännerngremium sein, das dann wiederum den Präsidenten wählt. Wir werden heute versuchen, dieses Chaos etwas zu lichten. Meine Gesprächspartner kennen Sie schon aus den letzten beiden Wochen. Manfred Berg ist Historiker und Inhaber des Curt Engelhorn Lehrstuhls für amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg. Martin Thunert ist Politikwissenschaftler und Senior Lecturer am HCA. Schön, dass ihr beide dabei seid.

*Prof. Manfred Berg:* Ja, hallo. Gerne.

*Dr. PD Martin Thunert:* Hallo und einigermaßen ausgeschlafen nach gestern.

*Dr. Anja Schüler:* Das ist gut. Und meine erste Frage geht auch gleich an dich, Martin, als Politikwissenschaftler. Wie ist denn die Lage?

*Dr. PD Martin Thunert:* Ja, die Lage im Präsidentenrennen ist so, dass Joe Biden alle Staaten gewonnen hat, die auch schon Hillary Clinton gewonnen hatte. Aber er hat schon definitiv Michigan und Wisconsin, die Trump überraschend gewonnen hatte, gedreht; und er liegt, wie es aussieht, vorne in Arizona, in Nevada; und er hat einen der proportional vergebenen Sitze des States Nebraska gewonnen, und das würde schon für 270 Wahlmännerstimmen reichen, wenn sich das bestätigt. Zudem könnte es sich aufgrund dessen, dass im Moment nur noch wenige Stimmen ausgezählt werden, die überwiegend Briefwahl sind oder auch in großen städtischen Metropolen sind, könnten die beiden Staaten Pennsylvania und Georgia, wo also noch in Atlanta gezählt wird und in Philadelphia, die könnten auch noch zugunsten von Biden kippen,

aber er bräuchte sie nicht mehr unbedingt. Und was er wahrscheinlich nicht gewinnen wird, was bei Trump bleiben wird, ist der Staat North Carolina. Aber 270 ist das Minimum, was man erreichen muss. Das könnte er noch heute erreichen und wenn er Glück hat, sogar noch den Bonus dieser beiden anderen Staaten, Pennsylvania, Georgia, dann wäre er sogar über 300 Wahlmännerstimmen. Und kurz: im Senat sieht es tatsächlich so aus, dass es den Demokraten nicht gelungen ist, netto so viele Sitze hinzuzugewinnen, dass sie die Mehrheit kippen werden, aber es steht noch nicht hundertprozentig fest. Und selbst im Repräsentantenhaus haben die Republikaner fünf bis sieben Sitze dazugewonnen, und sie haben - das klingt jetzt für deutsche Hörer vielleicht ein bisschen unwichtig, ist es aber nicht - in den sogenannten, in den Landtagswahlen, also in den State Legislature so viel gewonnen, dass sie in den Staaten, wo demnächst das "redistricting" der Kongresswahlkreise stattfindet, in großen Staaten wie Florida jetzt eine sehr gute Position haben, das zu betreiben, was man Gerrymandering nennt. Also die Republikanische Partei sehe ich als einen Sieger, Trump als einen Verlierer der Wahl.

*Dr. Anja Schüler:* Wir haben ja in den letzten Wochen und Tagen vor der Wahl eine ungeheure Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler gesehen. Bei den Demokraten hat es sich wahrscheinlich eher in der Briefwahl niedergeschlagen, Trump hat eben last minute noch sehr viele Anhänger mobilisiert, für die ja sein eklatantes Missmanagement in der Corona Pandemie dann kaum eine Rolle gespielt zu haben scheint.

*Dr. PD Martin Thunert:* Für seine eigenen Anhänger hat Corona eine relativ geringe Rolle gespielt, aber für die gesamten Wähler und die, war es das zweitwichtigste Thema, das wichtigste Thema für alle war allerdings die Wirtschaft und das Thema Wirtschaft mit Trump verbunden, und so kann man sich sein, auch wenn er jetzt verlieren sollte, sein relativ stabiles Abschneiden erklären. Überraschend ist für mich, dass nach den Nachwahlbefragungen, den Exit Polls, die natürlich aufgrund von Corona auch nicht vielleicht so akkurat sind, weil man Briefwähler nicht befragen kann, sieht es so aus, als hätte Trump gerade bei der Wählergruppe verloren, die in den letzten Jahren immer mit ihm in Verbindung gebracht wurde, mit den älteren weißen Herren, Männern, oft auch ohne Bildungsabschluss, und das führe ich tatsächlich auf Unzufriedenheit über sein Corona Management zurück. Er hat überraschend gut abgeschnitten und deswegen auch Staaten, wo Biden ein Sieg vorausgesagt wurde, wie Florida und Ohio, unter anderem hat Trump gewonnen und zwar deutlich, weil er zwar hier bei den Männern verloren hat, aber er hat sogar bei den weißen Frauen etwas zugelegt und vor allen Dingen auch leicht zugelegt bei männlichen Angehörigen von People of Color, also speziell bei Latinos, aber eben auch bei Schwarzen, und das weißt, glaube ich jetzt, der Republikanischen Partei, auch wenn Trump jetzt verliert, so einen zukünftigen Weg, dass sie die Minderheiten nicht komplett aufgeben muss. Und das wäre auch langfristig weiterhin eine Chance, im Wettbewerb zu bleiben. Hier hat Trump für seine eigene Partei finde ich eine Menge getan.

*Dr. Anja Schüler:* Manfred, Du hast ja in diesem Podcast vor zwei Wochen drei Szenarien entworfen. Einen Erdrutschsieg für Joe Biden hat es nicht gegeben, das wissen wir. Eine denkbar knappe Entscheidung wird es auf jeden Fall. Es ist von Neuauszählungen die Rede, von Anfechtungen der Wahl. Wird es wie im Jahr 2000 wieder der Oberste Gerichtshof entscheiden?

*Prof. Manfred Berg:* Also in der Tat ist das weithin befürchtete worst case Szenario insofern eingetreten, als wir einen sehr knappen Wahlausgang in einer ganzen Reihe von Bundesstaaten haben und damit Donald Trump ja bereits in der Wahlnacht die Gelegenheit ergriffen hat, diese Wahl in Zweifel zu ziehen, sofern er sie nicht gewinnen wird. Es ist also aus meiner Sicht ganz unbedingt damit zu rechnen, dass es ein gerichtliches, eine lange gerichtliche Auseinandersetzung über den Wahlausgang in einzelnen Bundesstaaten geben wird. Die Klagen laufen ja zum Teil schon oder sind angekündigt. Und sie müssen natürlich zunächst einmal bei den Untergerichten der Bundesstaaten eingereicht werden, dann werden sie durch den Instanzenzug über die höheren Gerichte der Einzelstaaten und die Bundesgerichte wahrscheinlich irgendwann einmal beim Supreme Court landen, sodass wir hier durchaus eine ähnliche Situation erleben würden wie im Jahre 2000.

*Dr. Anja Schüler:* Wir haben jetzt aber die Situation, dass von den neuen Verfassungsrichtern drei von Trump ernannt wurden.

*Prof. Manfred Berg:* Nun, in der Tat, der Supreme Court ist ja schon seit vielen Jahrzehnten sehr stark polarisiert und die Vorgänge um die Hauruck-Nominierung von Amy Barrett haben zumindest bei den Demokraten das Vertrauen in die Neutralität des Gerichtes nicht gerade gestärkt. Wir können in diesem Fall natürlich nur hoffen, dass so etwas wie eine professionelle Ethik am Ende nicht nur im Supreme Court, sondern in allen Gerichten, die sich mit diesen Fragen beschäftigen werden, die Oberhand behält. Andererseits, der historische Präzedenzfall ist eben das Jahr 2000 und da haben wir eine Entscheidung, die stark polarisiert nach ideologischer Orientierung war und die, wie ich finde, mit guten Gründen auch verfassungsrechtlich bedenklich genannt worden ist. Also es bleibt abzuwarten, ob sich der Supreme Court hier in das politische Dickicht und in diese in diesen Konflikt einschalten wird.

*Dr. PD Martin Thunert:* Da hätte ich noch als Ergänzung, frage ich mich, oder frage ich euch: Vor kurzem hat ja der Supreme Court sowas ähnliches gemacht, da war noch nicht Frau Barret dabei, im Falle Pennsylvania, wo er ein Urteil des dortigen Obersten Landesverfassungsgerichts, sagen wir mal ins Deutsche übertragen, was erlaubt, dass also noch lange ausgezählt werden darf und auch Briefwahlstimmen, die später eintreffen, noch gezählt werden müssen, hat er intakt gelassen, vorerst. Ist denn vorstellbar, dass diese Doktrin zu sagen, "Wir haben ja das Recht, Fälle nicht anzunehmen" da gibt's keinen Zwang in Amerika, dass das auch jetzt weiterhin so angewandt wird, und damit verbunden ist die Frage, auch in Michigan gibt es die

Argumentation von Gegnern der Maßnahmen, die die Regierung von Michigan erlassen hat, um die Briefwahl zu erleichtern, dass die nicht vom Parlament verabschiedet wurden des Staates, sondern nur von der Regierung - wir werden vielleicht auch in Deutschland sowas ähnliches mal sehen, dass man sagt also Corona Maßnahmen müssten vom Parlament erlassen werden - dass das sozusagen dann aber doch den Court zum Eingreifen zwingt, weil sich da eine grundsätzliche Frage stellt.

*Prof. Manfred Berg:* Das wird man sehen. Also es waren ja immer gerade die eher konservativ argumentierenden Richterinnen und Richter des Supreme Court, die gerade in Wahlrechtsfragen die Autonomie und Entscheidungsfreiheit der Einzelstaaten ganz besonders betont haben, das war ja auch die Abweichung im Jahr 2000, dass die konservativen Richter damals ihre Einzelstaatsfreundliche Linie einfach über Bord geworfen haben. Ich könnte mir vorstellen, oder aber es wäre zumindest denkbar, dass man entweder argumentiert; das ist eine Sache der Einzelstaaten, das müssen die selber entscheiden, das würde dann auch die von dir angesprochene Problematik in Michigan betreffen. Oder dass man sich generell auf ein altes Konstrukt des amerikanischen Verfassungsrechts zurückzieht, die sogenannte political question doctrine, dass der Supreme Court einfach sagt, politische Fragen entscheide er grundsätzlich nicht. Das ist aber vielleicht nicht zu erwarten, denn es gibt ja den Präzedenzfall aus dem Jahre 2000 und vielleicht ist ja auch die Erwartung nicht ganz unbegründet, dass in einem solchen schweren Verfassungskonflikt am Ende ein neutral urteilendes Gericht, die ja die Letztentscheidung trifft, auch um diesen Konflikt zu entschärfen und zu befrieden. Ob das überhaupt noch gelingen kann, das ist allerdings zweifelhaft. Denn ich denke nicht, dass eine der beiden Parteien also das akzeptieren wird, dass der Supreme Court sie zum Wahlverlierer erklärt.

*Dr. Anja Schüler:* Wenn die Wahl angefochten wird, können wir uns vorstellen, dass da auch der Vorwurf der Wahlbetrug eine Rolle spielen kann. Wir haben ja von Rudolph Giuliani gehört, dem ehemaligen New Yorker Bürgermeister und jetzigen Trump Anwalt, dass seiner Meinung nach Joe Biden vielleicht 50 oder auch 5000-mal abgestimmt hat. Die Demokraten behaupten, die Post habe absichtlich hunderttausende von Briefwahlstimmen in demokratischen Hochburgen nicht ausgeliefert. Könnte das eine Rolle spielen?

*Prof. Manfred Berg:* Also alle Verantwortlichen in den Einzelstaaten haben in den letzten Tagen immer wieder betont, dass die Stimmabgabe und die Auszählung ohne Zwischenfälle und übrigens auch völlig transparent verlaufen sei. Insofern liegt die Beweislast immer bei denjenigen, die so etwas behaupten.

*Dr. Anja Schüler:* Dann würde ich ganz gerne nochmal auf die Rolle der Umfragen im Vorfeld der Wahl zurückkommen. Vor vier Jahren hatten die Demoskopien ja einen sicheren Wahlsieg für Hillary Clinton vorhergesagt und damit sehr falsch gelegen. Dieses Jahr hat man dann beteuert, dass man die Umfragemethoden

verfeinert hat und die Stimmung besser abbilden konnte. So richtig hat das ja nicht funktioniert.

*Dr. PD Martin Thunert:* Nein. Und ich denke, die Umfragebranche in den USA ist in einer Krise, durch die ja durch das Missverhältnis von Voraussagen und Wahlergebnisse, wie sie eingetreten sind. Und Ausreden, dass sie ja doch am Ende richtig lagen, wenn jetzt Biden gewinnt, die werden nicht mehr gelten. Ich glaube, das ist noch zu früh, jetzt darüber intensiv zu sprechen. Man kann, glaube ich nur sagen, entweder werden die Auftraggeber, die ja Millionen investieren, für diese Umfragen, entweder muss die Branche glaubhaft machen, dass es nochmal eine Fehlerkorrektur geben kann, die dann auch wirkt. Es kann aber auch sein und das ist eher so meine Befürchtung, dass wir vielleicht zu viel Wert auf Umfragen legen, weil ein Trend vielleicht zunimmt, und der ist ok, wenn nur ein oder zwei Prozent der Befragten das machen, dass sie nicht die Wahrheit sagen, dass sie auch zum Teil bewusst lügen, oder lügen, weil sie wissen, sie sagen was sozial nicht erwünschtes, andere glauben, dass es nicht wirklich anonym ist, wenn mich jemand anruft und wenn das aber 10 oder 15% der Befragten machen würden, dass sie lügen, sind solche politischen Umfragen wertlos. Dann wäre die Branche, zu mindestens die, die sich auf politische Umfragen spezialisieren, in einer Existenzkrise. Für uns Bürger wäre das glaube ich auch ganz schlecht, denn da viele von uns nolens volens, ich würde nicht sagen in Echokammern leben, aber unsere eigene politische Meinung oft nur mit Freunden und Bekannten abstimmen, selbst wenn wir da auch Leute haben, die anders ticken - ich weiß nur, wie meine Meinung in der Gesamtbevölkerung sozusagen einzuschätzen ist, wenn ich Umfragen trauen kann. Also das ist auch, glaube ich, von der für die Demokratiequalität eines Landes nicht ganz unwichtig, dass man sich auf Umfragen über politische Einstellungen einigermaßen verlassen kann. Und ich hoffe, dass das nicht endgültig bedroht ist. Aber in den USA wird diese Diskussion demnächst losgehen, da bin ich mir ganz sicher.

*Dr. Anja Schüler:* Ja, nehmen wir doch einmal an, dass Joe Biden doch ins Weiße Haus einzieht. So richtig gratulieren könnte man ihm nicht, er erbt ja einen Riesenberg Probleme, nicht zuletzt eine gigantische Gesundheits- und Wirtschaftskrise.

*Dr. PD Martin Thunert:* Ja, ich würde ihm dennoch, also sollte er die 270 überspringen, was ich fürs hochwahrscheinlich halte, gratulieren, denn es kommt nicht so oft vor, dass ein Präsident nach der ersten Amtszeit abgewählt wird. Aber Spaß beiseite, er wurde von seiner Partei nominiert und angestellt, um Trump zu entfernen und die Covid-Krise in den Griff zu kriegen. Und ich glaube, er wird jetzt erst mal daran gemessen werden, ob es ihm tatsächlich gelingt, die Fallzahlen, die Todesfälle zu reduzieren, gleichzeitig die Tests zu erhöhen, ohne die Wirtschaft völlig abzuwürgen. Denn wir haben wie gesagt, aus den Umfragen gesehen, einer kleinen Mehrheit ist sogar die Wirtschaft noch wichtiger als Covid. Und er muss das ausbalanciert machen und das ist im Moment sein Mandat. Ich glaube, im Moment hat er auch erstmal nichts anderes zu tun und das wird schwer genug, aber hier muss

er sich, und kann er sich beweisen und es wird nicht einfach aus dem Grund, auf den wir vielleicht gleich noch zu sprechen kommen.

*Dr. Anja Schüler:* Genau. Ich nehme an, dass ist die Frage nach dem divided government, Du hast es ja vorhin auch schon erwähnt. Wir hätten dann einen Demokraten im Weißen Haus, die Demokraten kontrollieren wahrscheinlich nach dieser Wahl nach wie vor das Repräsentantenhaus, aber die Republikaner den Senat. Das wird schwer zum Regieren.

*Dr. PD Martin Thunert:* Also es sieht zumindest so aus, denn es ist im Moment, also sind Senatoren oder Senatorinnen der Republikaner, wie Susan Collins in Maine. sind wiedergewählt worden. Auch in North Carolina wird der Sitz wohl bei den, auch Graham, der Vorsitzender des Rechtsausschusses wird wiedergewählt und Mitch McConnell selbst, da haben die Demokraten bis zu 100 Millionen Dollar investiert, um ihn sozusagen abzulösen, ist nicht gelungen. Und das ist auch ein bisschen das Verhältnis auch auf der persönlichen Ebene sehr, sehr schlecht. Also es wird keinen Grund geben, warum die Senatsrepublikaner Biden entgegenkommen sollten und er wird nicht durchregieren können und selbst im Haus, also wird es zum Beispiel keine Abschaffung des Filibuster geben. Selbst im Repräsentantenhaus ist die Mehrheit geschrumpft. Also wir haben eine klassische divided government Situation. Ich würde nicht sagen, dass er eine, was schon in der Presse zu hören war, eine lame duck, eine lahme Ente von Beginn an ist, aber er ist ein neu gewählter Präsident mit sehr, sehr engen Fesseln. Erinnern wir uns, sowohl Obama als auch Trump hatten in den ersten beiden Jahren ihrer jeweiligen Amtszeiten klare Mehrheiten im Kongress. Trump hat die nur sehr unzureichend genutzt, Obama hat sie immerhin genutzt, um seine Gesundheitsreform damals durch den Kongress zu bringen, und diese Situation hat Joe Biden, zumindest in den ersten zwei Jahren, nicht und das macht es schwer. Aber es wird ähnlich wie bei uns, es wird Lösungen was Unterstützungs-, Konjunkturpakete angeht, um Covid, die wirtschaftlichen Folgen zu bekämpfen, da wird es schon Deals geben, aber das sind dann Deals, die auch die Handschrift der Republikaner tragen.

*Prof. Manfred Berg:* Vielleicht dazu noch eine kleine historische Anmerkung. Die Divided Government ist ja keine Neuigkeit in der amerikanischen Geschichte, das hat es früher oft gegeben, Eisenhower, Reagan, die haben großen Teil ihrer Amtszeit mit demokratischen Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses sogar ganz ordentlich regiert. Das amerikanische System der checks and balances ist angewiesen auf ein Minimum an überparteilicher Kooperationsbereitschaft und Konsens. Und das ist das, was in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr erodiert ist. Und eigentlich zeigt ja auch der Wahlausgang, wie sehr das Land gespalten ist. Es ist ja Trump sogar noch einmal gelungen, obwohl er jetzt nicht mehr als Protestkandidat posieren konnte, noch einmal zusätzlich, um die 6 Millionen Wählerstimmen hinzuzugewinnen. Alle Leute, die bei dieser Wahl für Trump gestimmt haben, haben ihn als sozusagen als den Führer einer Bewegung gewählt, und insofern muss man schon sagen, die USA sind gespalten in eine rote und eine blaue Nation, und diese alte Vorstellung, man kann

große Teile der Wählerschaft bei schlechter politischer Performance zu sich rüber ziehen, die gilt so nicht mehr.

*Dr. Anja Schüler:* Der Gouverneur von Pennsylvania, Tom Wolfe, hat in der Wahlnacht von einem Stresstest für die amerikanische Demokratie gesprochen. War das ein Stresstest? War es vielleicht sogar ein bisschen mehr? Sehen wir vielleicht eine historisch beispiellose Erosion demokratischer Institutionen oder, Manfred fallen dir historische Parallelen ein?

*Prof. Manfred Berg:* Naja, also der Stresstest, der dauert ja jetzt schon eine ganze Weile an. Ich habe es eben gesagt, die Erosion des politischen Vertrauens, die zunehmende Polarisierung, die mangelnde Kompromissbereitschaft, eigentlich nur noch der Versuch, Obstruktion zu betreiben, Mitch McConnell hatte ja 2008 geschworen, man werde alles dafür tun, dass Obama ein One-Term-President bleibt, natürlich haben die Demokraten sich ähnlich positioniert im Jahr 2016. Für mich ist im Moment aber etwas anderes wichtig. Ich bin nicht unbedingt davon überzeugt, dass die Krise, oder dass es jetzt so abgehen wird, dass wir in den nächsten Wochen doch so eine Beruhigung erleben. Viel wird von Donald Trump abhängen, wenn, er muss irgendwann einmal aufhören, seine Anhänger aufzuhetzen, er muss irgendwann einmal aufhören, von Wahlbetrug zu reden und wenn er denn verlieren sollte, das Ergebnis akzeptieren. Und wie gesagt, auf der anderen Seite, ich kann mir nicht vorstellen, dass wenn Joe Biden 270 oder mehr Wähler für sich gewinnt und das ganze wird dann später durch Gerichtsentscheidungen annulliert, indem bestimmte Teile der Briefwähler nachträglich ausgeschlossen werden, ich kann mir nicht vorstellen, dass das ohne massive Proteste abgeht.

*Dr. PD Martin Thunert:* Ich persönlich muss sagen, ich habe diese, dass in der Politikwissenschaft starke Tendenz zu sagen, die Demokratie in den USA ist am sterben, persönlich nie geteilt und teile sie auch jetzt nicht. Ich denke, es ist richtig, dass Trump autoritäre Instinkte und Tendenzen hat, vielleicht auch ein autoritäres Amtsverständnis, er ist ein Narzisst und das alles stimmt, auch seine Rhetorik geht dahin, aber ich finde es ein gewisses Paradox, dass er da, wo vielleicht erwartet worden wäre von ihm, dass er als Präsident imperial herrscht und alle Bundes- und Exekutivressourcen anwendet, nämlich bei der Bekämpfung von Covid, es genau nicht gemacht hat. Und das ist ihm jetzt zum Verhängnis geworden. Also er hätte, er war an der falschen Stelle mit autoritären Tendenzen behaftet. Da, wo er zugreifen hätte sollen, hat er es nicht getan und das beendet jetzt mit hoher Wahrscheinlichkeit seine Präsidentschaft. Von daher denke ich, dass das, was James Madison sich ausgedacht hat, dass das System auch funktionieren muss, wenn eine problematische Persönlichkeit eine Gewalt usurpiert, oder auch eine programmatische Bewegung, kann auch die Legislative sein, dass das doch letztendlich funktioniert hat und trotz aller Rhetorik gegen die Presse und so weiter.

*Prof. Manfred Berg:* Also ich kann nur sagen, ich hoffe, du behältst Recht. Ich bin ein wenig skeptischer in der Hinsicht, ich denke, wir haben Trump schon häufig

unterschätzt und da, wo eher eine narzisstische Kränkung verspürt und eine Wahlniederlage, das hat er ja vorher gesagt, er hat ja offen gesagt, er könne nicht verlieren, da ist er vielleicht auch bereit, Dinge zu tun, die vielleicht aus einem Impuls heraus sich ergeben, die er vorher gar nicht geplant hat. Ich bin völlig d'accord, dass er kein großer Stratege mit einem autoritären Plan ist die USA in eine zentralistische Diktatur zu verwandeln oder dergleichen, aber er ist, wie Jeb Bush das vor fünf Jahren mal gesagt hat, ein Chaos-Kandidat und ein Chaos-Präsident und er ist nicht der Gentleman, der das Weiße Haus, sagen wir einmal mit Würde und Anstand verlässt, sondern er wird sehr laut die Tür knallen.

*Dr. PD Martin Thunert:* Da stimme ich zu.

*Dr. Anja Schüler:* Ich frage mich manchmal auch, ob wir eines Tages zurückblicken und sagen, dass wir eine historische Wahl miterlebt haben, so wie 2008 oder auch 2016.

*Prof. Manfred Berg:* Die historische Wahl, das, davon bin ich ohnehin überzeugt. Ich meine, es sind viele Dinge passiert, schon auch im Vorfeld, die beispiellos waren. Und natürlich sind ja auch immer die historischen Analogien präsent. Es ist sehr oft, auch von mir, das will ich durchaus zugeben, zumindest als Markposten an die Wahl von 1860 erinnert worden, als eben der amerikanische Bürgerkrieg ausgelöst wurde durch eine Wahl, die die Verlierer nicht akzeptieren wollten und deshalb ihren Austritt aus der Union erklärt haben. Wir hoffen natürlich, dass so etwas nicht passiert. Aber, also eine Wahl kann auch deshalb als historisch in Erinnerung bleiben, weil sie sehr negative Folgen hat und Begleiterscheinungen hat. Ich wünsche mir auch, dass wir eine starke und gestärkte amerikanische Demokratie sehen, aber dazu müsste es möglich sein, einen Grundkonsens auch über Spielregeln zunächst einmal wieder herzustellen, und dass Trump sich nicht an persönlich, nicht an Regeln hält, das hat er ja jetzt gerade auch in den letzten Tagen und Stunden wieder unter Beweis gestellt.

*Dr. Anja Schüler:* Ja. Dann verlassen wir doch abschließend noch die amerikanische Innenpolitik und wenden uns ganz kurz der Außenpolitik zu. Was würde denn ein Wahlsieg Joe Bidens für die transatlantischen Beziehungen bedeuten?

*Dr. PD Martin Thunert:* Ja, das kann man, glaube ich, tatsächlich nur kurz anreißen. Nummer 1, glaube ich ist, weil er jetzt keine Mehrheit im Senat hat und der Senat muss seine Personalentscheidungen von Botschaftern bis Ministern bestätigen, wird er sicherlich der Tendenz nachgehen, der viele Präsidenten nachgehen und seinen außen- und sicherheitspolitischen Apparat sehr stark im National Security Council ansiedeln, weil er da eben nicht die Senatsbestätigung braucht. Er wird Europa, das ist der Unterschied zu Trump, sehr stark durch die Brille der EU sehen. Das ist für die EU und den europäischen Kontinent gut. Trump hat Europa durch die Brille von Brexit-Britain gesehen, das ist sicherlich ein genereller atmosphärischer Unterschied. Er wird wieder mehr mit Allianzen machen wollen, auch seine China-Politik. Das kann für

uns sogar tendenziell unangenehm werden, wenn er uns da mehr in die Pflicht nehmen will, als der America-first-Mensch Trump das gemacht hat. Und er ist sicherlich auch was das Schließen von völkerrechtlichen Verträgen angeht, wo ohnehin eine qualifizierte Senatsmehrheit notwendig ist, wird es schwierig. Ich denke, dass vor allen Dingen die Rhetorik sich ändert, das Personal ändert sich. Es wird wieder Personal auch im State Department arbeiten, dass man in Berlin kennt und zum Teil auch in Brüssel kennt, und aber ob es in der Substanz von dem Grundgedanken von America first, nämlich auch buy American und protektionistische Anwendungen und so weiter, da sehe ich keinen großen Unterschied, aber wie gesagt, das Hauptmandat für Joe Biden ist meines Erachtens zunächst mal ein, ja, es ist innenpolitisch, aber weil die ganze Welt von Covid betroffen ist, müsste er es schaffen, dass man, wenn man Lösungen für die Bekämpfung von Covid sucht, wieder nach Amerika schaut und nicht von Amerika wegschaut. Das ist, glaube ich auch das Beste, was er für die transatlantische Beziehung kurzfristig machen kann. Und die anderen Fragen Klima, Iran, das kann man dann auch noch irgendwann nach dem nächsten Sommer klären, wenn die Pandemie vielleicht besser unter Kontrolle ist.

*Dr. Anja Schüler:* Ja, die Frage nach der zukünftigen Außenpolitik der USA können wir jetzt hier leider nicht weiter vertiefen. Sie ist aber Thema der Rupert Carola Ringvorlesung "Quo vadis USA?" in der nächsten Woche. Auf dem Podium werden dann die Politikwissenschaftler Sebastian Harnisch von der Universität Heidelberg und Florian Böller von der TU Kaiserslautern sitzen. Sie können diese Diskussion ab dem kommenden Mittwoch auf der Online-Plattform der Universität abrufen. Was die amerikanischen Präsidentschaftswahlen betrifft, müssen wir wohl wirklich noch etwas warten, bis jede Stimme gezählt ist und uns dann vielleicht auch auf recounts und Gerichtsentscheidungen einstellen. Das war der HCA Podcast für heute. Mein Name ist Anja Schüler und ich bedanke mich bei Manfred Berg und Martin Thuner für ihre Einschätzungen und Erklärungen. Ich bedanke mich bei meinem Team für die technische Unterstützung und bei Ihnen fürs Zuhören. Wir werden die Situation in den USA in den nächsten Wochen mit neuen Gesprächspartnern weiter im Blick haben. Bleiben Sie uns treu und bleiben Sie gesund.

*Dr. PD Martin Thunert:* Tschüss.

*Prof. Manfred Berg:* Wiederschauen.